

<b>STADT AHRENSBURG</b> <b>- Beschlussvorlage -</b>		<b>Vorlagen-Nummer</b> <b>2007/128</b>
<b>öffentlich</b>		
Datum 01.11.2007	Aktenzeichen	Federführend: Herr Link

**Betreff**

**Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2008  
- Beschlussfassung über den Stellenplan 2008**

Beratungsfolge Gremium	Datum	Berichterstatter
Hauptausschuss	12.11.2007	
Stadtverordnetenversammlung	10.12.2007	Herr Düwel

Finanzielle Auswirkungen	:	X	JA		NEIN
Mittel stehen zur Verfügung	:		JA		NEIN
Haushaltsstelle	:				
Gesamtausgaben	:	10.199.900 €			
Folgekosten	:				
<b>Bemerkung:</b>					

**Beschlussvorschlag:**

Der Stellenplan für das Haushaltsjahr 2008 wird in der beigefügten Ausfertigung beschlossen.

**Sachverhalt:**

Die Stadt Ahrensburg hat für jedes Haushaltsjahr als Bestandteil des Haushaltsplanes einen Stellenplan aufzustellen, der die für das Haushaltsjahr verfügbaren Stellen für Beamte und Beschäftigte ausweist. Durch den neuen Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst - TVöD - wird nicht mehr zwischen Angestellten und Arbeitern unterschieden. Dafür wird nun einheitlich von Beschäftigten gesprochen. Auch wird nicht mehr von Vergütungsgruppen (Angestellte) und Lohngruppen (Arbeiter), sondern nur noch von Entgeltgruppen (EG) gesprochen.

Der Stellenplan 2008 ist als **Anlage 1** dieser Vorlage beigefügt. Die gegenüber dem Stellenplan 2007 vorgesehenen Stellenänderungen sind in der Veränderungsliste in **Anlage 2** zusammengefasst und im Einzelnen in der **Anlage 3** begründet. Die Berechnung der Stellenanteilsverhältnisse geht aus der **Anlage 4** hervor. Der Stellenplanquerschnitt ist in der **Anlage 5** dargestellt worden.

Die Gleichstellungsbeauftragte und der Personalrat wurden beteiligt.

**Erläuterungen zum Stellenplan 2008**

Der vorgelegte Stellenplan gliedert sich wie folgt:

**1. Teil A Verwaltung**

Gemeindeorgane, Öffentlichkeitsarbeit, Rechnungsprüfungsamt, Gleichstellungsbeauftragte, Personalrat, Fachbereiche und Fachdienste

## 2. Teil B Einrichtungen

Badlantic, Feuerlöschwesen, Schulen, Verwaltung der Kindertagesstätten, Kindertagesstätten, Bruno-Bröker-Haus, Kinder- und Jugendhof Blockhaus, Waldkindergarten, Gemeinschaftshaus Gartenholz, Jugendtreff Hagen, Stadtarchiv, Musikpflege, VHS, Stadtbücherei, Zentrale Gebäudewirtschaft, Märkte.

## 3. Nachrichtlich aufzuführende Mitarbeiter/innen

Die Planstellen der Beamten/innen sind mit 40 Wochenstunden, die der Beschäftigten mit 38,5/39,5 Wochenstunden als Vollzeitstellen ausgewiesen. Die tatsächlich geleistete Arbeitszeit der Beamten/innen wird in der Spalte „Besetzung am 30.06. des Vorjahres“ genannt. Die Arbeitszeiten der Beschäftigten werden entsprechend ihrer tatsächlichen Zeitanteile in allen drei Spalten dargestellt.

### Beispiele:

- Seite 1 lfd. Nr. 1 im Stellenplan, Stelle Bürgermeisterin, Vollzeit = 1,0 (Beamtin = 41 Stunden)
- Seite 1 lfd. Nr. 4 im Stellenplan, Stelle Mitarbeiterin RPA, Teilzeit = 0,78 (Beschäftigte, EG 11/6 mit 30 Stunden)
- Seite 1 lfd. Nr. 2 im Stellenplan, Leiterin RPA, Teilzeit = 0,63 (Beamtin = 25 Stunden). Im Vorjahr und im laufenden Jahr wird die Stelle jedoch als Vollzeitstelle ausgewiesen. Dies hängt mit dem Anspruch der Beamten/innen auf jederzeitige Vollbeschäftigung zusammen.

Wichtig sind die Veränderungen, die zu Stellenab- oder -zugängen führen. Diese werden in den Begründungen zur Veränderungsliste erläutert.

Darüber hinaus wurden Empfehlungen aus dem Finanzausschuss und dem Sozialausschuss übernommen und Anregungen für die Einrichtung neuer Planstellen berücksichtigt.

Auf Seite 3 und 4 der Veränderungsliste (siehe Anlage 3) sind im UA 4520 - FD III.3 Jugendpflege/Schulsozialarbeit – lfd. Nr. 98 und 99 zwei zusätzliche Teilzeit-Stellen (2 x 0,5 Stelle) für die Betreuung von Schülerinnen und Schülern im Schulzentrum Am Heimgarten und in der Integrierten Gesamtschule (IGS) in schwierigen Lebenslagen ausgewiesen.

Ferner empfiehlt das Organisationsgutachten vom 03.01.2006 eine auf 2 Jahre befristete Vollzeitstelle im bautechnischen Bereich der ZGW (siehe Ziffer 4.2.6.4 auf Seite 132, letzter Satz). Diese Empfehlung wurde bereits in dem Stellenplan 2007 aufgenommen. Die Befristung läuft noch bis zum 31.07.2008. Die Verwaltung bittet die Gremien; die Befristung der Planstelle 134 um weitere 3 Jahre bis zum 31.07.2011 zu verlängern.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die Vorgaben der städtischen Gremien für die Aufstellung des Stellenplans 2008 von der Verwaltung eingehalten werden konnten. Obwohl bei einzelnen Stellen die Stundenzahl erhöht sowie Stellen neu geschaffen werden (z. B. in der Jugendarbeit), wird das Stellenvolumen insgesamt um 0,11 Planstellen verringert. Die Stellenreduzierung fällt noch deutlicher aus, wenn folgende Punkte betrachtet werden:

- Die Einsparung der Vollzeitstelle des Feuerwehrsachbearbeiters darf erst mit dem Stellenplan 2009 ausgewiesen werden, weil der Stelleninhaber noch bis zum 31.03.2008 hierauf zu führen ist. Ab dem 01.04.2008 fallen hier keine Personalkosten mehr an.
- Die Teilzeitstelle der Logopädin bei der VHS (TZ 0,5) wird ab 01.10.2008 durch Renteneintritt der Stelleninhaberin frei. Dann greift der kw-Vermerk. Die Einsparung dieser Planstelle wird mit dem Stellenplan 2009 umgesetzt. Ab dem 01.10.2008 fallen hier keine Personalkosten mehr an.

Darüber hinaus ist zu beachten, dass für zwei Planstellen, deren Inhaberinnen in Elternzeit sind, keine Vertretungen eingestellt wurden. Hierdurch werden die Personalkosten für 2008 verringert. Es handelt sich um eine Vollzeitstelle in der ZGW (bis 21.05.2008) und eine Vollzeitstelle im FD II.4 „Soziale Hilfen und Wohnungsangelegenheiten“ (bis 24.08.2008).

### Zukunftsausblick

Die Altfälle von zurückkehrenden beurlaubten Mitarbeiterinnen konnten inzwischen fast vollständig abgeschlossen werden. Lediglich in einem Fall wird noch eine Planstelle für eine rückkehrende Beamtin im Jahre 2009 benötigt. Für eine weitere Beamtin besteht zwar ein theoretischer Anspruch, es wird aber davon ausgegangen, dass es mit sehr großer Wahrscheinlichkeit zu keiner Rückkehr kommt.

### Ergebnis Stellenplan 2008:

Die Addition aller Stundenanteile der vorhandenen Stellen ergibt rechnerisch 204,12 Vollzeitstellen (2007 = 204,23). Dies ist ein Abgang um **0,11 Planstellen**.

Die Zu- und Abgänge bei den Stellen bzw. Stellenanteilen sind nachfolgend dargestellt.

	Zugänge	Abgänge
<b>Teil A - Verwaltung</b>	4,21	2,98
<b>Zwischen-Saldo</b>	1,23	–
<b>Teil B - Einrichtungen</b>	2,27	3,61
<b>Zwischen-Saldo</b>	–	1,34
<b>Gesamt Teil A und B</b>	6,48	6,59
<b>Saldo</b>		<b>- 0,11</b>

### Vergleich der Personalausgaben-Ansätze 2007 / 2008

Untergliederung Ausgabearten	Haushalts- ansatz 2007	Haushalts- ansatz 2008	Abweichung 2007 zu 2008	Abwei- chung in %
Beamtenbesoldung (UGr. 410)	1.549.800	1.493.800	- 56.000	- 3,61 %
Entgelt für tariflich Beschäftigte (UGr. 414)	5.873.300	5.967.500	94.200	1,60 %
Beiträge zu Versorgungskassen (Grp. 43)	1.329.900	1.289.500	40.400	- 3,04 %
Beiträge zur ges. Soz.-Vers. inkl. Zusatz- vers. f. tariflich Beschäftigte (Grp. 44)	1.264.300	1.223.100	- 41.200	- 3,26 %
Deckungsreserve für Personalausgaben	78.900	76.000	- 2.900	- 3,68 %
<b>Beihilfen und Unterstützungen (Grp. 45)</b>	150.000	150.000	0	0 %
<b>Stellenplankosten</b>	<b>10.246.200</b>	<b>10.199.900</b>	<b>- 46.300</b>	<b>- 0,45 %</b>

Der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) sah vor, dass bis einschließlich 2007 keine Entgeltsteigerungen vorgenommen wurden (Besitzstandswahrungen fanden Berücksichtigung). Allerdings wurde ab 1.10.2007 den Beschäftigten ein Strukturausgleich gewährt.

Anders als der Besitzstand dient der Strukturausgleich nicht der Sicherung einer bestehenden Entgelthöhe, sondern als Ausgleich für fiktive zukünftige Einkommenseinbußen. Grundsätzlich werden nicht mehr realisierte Erwerbsaussichten nach dem alten Recht im TVöD nicht geschützt. Nach Überführung in die neue Tabelle können sich aber bei einzelnen Gruppen von bisherigen Angestellten im Vergleich zu der Einkommensentwicklung, die sie nach BAT gehabt hätten, Differenzen ergeben, die die Tarifvertragsparteien unter Vertrauensschutzgesichtspunkten teilweise ausgleichen wollten.

Für das Jahr 2008 wird mit Tarifverhandlungen zu rechnen sein. Daraus entstehende Mehrkosten lassen sich derzeit nicht genau bestimmen. Sollten sich Mehrkosten ergeben, werden diese im Nachtragshaushalt angemeldet.

Die Personalkosten für die im vorliegenden Stellenplan-Entwurf 2008 enthaltenen Stellen wurden vor diesem Hintergrund errechnet und im Haushaltsplan beantragt. Für Beamtinnen und Beamte sind für das Jahr 2008

Besoldungserhöhungen vorgesehen. Diese Kosten sind in der Personalkostenplanung berücksichtigt worden.

---

Pepper  
Bürgermeisterin

**Anlagen:**

- Anlage 1: Stellenplan der Stadt Ahrensburg für 2008
- Anlage 2: Veränderungsliste Stellenplan 2008
- Anlage 3: Veränderungsliste schriftliche Begründung
- Anlage 4: Stellenplanquerschnitt Stellenplan 2008
- Anlage 5: Berechnung der Stellenverhältnisse